

Veröffentlichungen des
Deutschen Polen-Instituts Darmstadt

Begründet von Karl Dedecius
Herausgegeben von Dieter Bingen und Peter Oliver Loew

Band 31

2012

Harrassowitz Verlag · Wiesbaden

Legitimation und Protest
Gesellschaftliche Unruhe in Polen,
Ostdeutschland
und anderen Transformationsländern
nach 1989

Herausgegeben von
Dieter Bingen, Maria Jarosz und Peter Oliver Loew

2012

Harrassowitz Verlag · Wiesbaden

LUKASZ SCHEFFS

»Recht und Gerechtigkeit« (PiS) als Protestpartei? Eine kurze politologische Reflexion

Einführung

Es schien zunächst so, dass die Phase der gewaltsamen Proteste und der Infragestellung der bestehenden gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Ordnung mit dem Fall des Kommunismus in Polen 1989 zu einem Ende gekommen wäre. Der damals eingeleitete Prozess führte zur Umgestaltung des Ostblocklandes Polen in eine liberale Demokratie mit einem marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystem, politischem Pluralismus, Religions- und Gewissensfreiheit und somit zur Begründung eines neuen Staates auf der Basis demokratischer Werte, die charakteristisch für die westliche Zivilisation sind. Die polnische Demokratie begann mit einer unblutigen Revolution; die Umwandlung des politischen Systems und aller wesentlichen Institutionen erfolgte im Ergebnis einer Verständigung, getroffen am »Runden Tisch« und nicht durch einen bewaffneten Staatsstreich oder blutige Unruhen und Demonstrationen.

Nur wenige Beobachter der polnischen politischen Szene bemerkten damals die offensichtlich nicht zahlreichen Stimmen, die die Veränderungen der sie umgebenden Wirklichkeit durch die Dritte Republik gänzlich anders wahrnahmen und die Ergebnisse des »Runden Tisches« als Gründungsmoment eines freien und souveränen Polen sehr viel negativer bewerteten. Diese Menschen organisierten sich sehr schnell in unterschiedlichen Protestgruppen, sowohl auf der linken als auch auf der rechten Seite des politischen Spektrums. Das Problem dieser Gruppen (zumindest bis zu einem gewissen Zeitpunkt) war, dass sie mit ihren Ansichten nicht in die breite Öffentlichkeit durchdringen konnten.

Als Wendepunkt für diese Protestgruppen erwies sich der Niedergang der regierenden Mitte-Rechts-Koalition der Wahlaktion Solidarność (AWS) und der Freiheits-Union (UW) um das Jahr 2000, aber auch die Regierungsphase der Sozialdemokraten, die in einer Koalition aus Demokratischem Linksbündnis (SLD), Union der Arbeit (UP) und Polnischer Bauernpartei (PSL) von 2001 bis 2005 dauerte. Die Krise in der Koalition AWS-UW und die sich in den Meinungsumfragen ankündigende linke Regierung nutzten u.a. die Brüder Lech und Jarosław Kaczyński für sich aus, die 1993 faktisch ohne politische Basis dastanden und

deren Äußerungen charakteristisch waren für die außerparlamentarische Opposition.

Hoffnungen auf den Aufbau einer neuen Gruppierung weckte die Popularität, derer sich Lech Kaczyński aufgrund des von ihm seit Juni 2000 in Personalunion ausgeübten Amtes des Justizministers und Generalstaatsanwalts erfreute. Auf der Basis dieser Popularität (Lech Kaczyński genoss damals das Vertrauen von 77% der befragten Polen¹) begann sein Zwillingsbruder Jarosław mit dem Aufbau der Vereinigung Recht und Gerechtigkeit (PiS)². Sehr schnell wurde die gebildete Vereinigung in eine politische Partei umgestaltet, deren Sinn und Ziel Lech Kaczyński selbst erklärte:

Es geht um ein Polen, in dem das Recht erfolgreich exekutiert wird – wo auf den Straßen, auf den Fußballplätzen, in den Schulen Ordnung herrscht, es geht aber auch um ein gerechtes Polen, in dem die Menschen ein Recht auf Arbeit und Erziehung ihrer Kinder zu anständigen Bürgern, die Patienten ein Recht auf eine leistungsfähige und patientenfreundliche Gesundheitsversorgung, die Rentner Anspruch auf Leistungen haben, die wenigstens bescheidene Ansprüche befriedigen können. Ungerecht ist hingegen ein Land, in dem – wie es oft bei uns der Fall ist – Reichtum nicht aufgrund von Arbeit oder ungewöhnlichen Fähigkeiten entsteht, sondern aus der Veranlagung zu Missbrauch und Unterschlagung.³

Die neu gegründete Partei PiS verkündete offen ein Programm, das – wenigstens in der Wahrnehmung der Parteimitglieder – eine Antwort auf den allgemein empfundenen »Hunger nach Recht und Gerechtigkeit« geben sollte. Führende Funktionäre dieser Partei kündigten daher bald eine Reparatur des Staates, Verbrechensbekämpfung und den Aufbau einer neuen moralischen Ordnung an. Damit wurde der bisher unterdrückten Kritik an der Dritten Republik nicht nur Ausdruck verliehen, sondern diese wurde sogar zum Fundament, zur tragenden Säule der neuen politischen Gruppierung, die nicht ganz fünf Jahre nach ihrer Gründung eine Regierungskoalition bildete und für fast zwei Jahre den gesamten öffentlichen Diskurs in Polen bestimmte. Offen bleibt die Frage, ob die PiS

1 Jerzy Sielski: Przypadek braci Kaczyńskich [Der Fall der Brüder Kaczyński]. In: Maciej Drzonek; Janusz Mieczkowski (Hrsg.): POPiSy w polityce. Uwagi o polskiej scenie politycznej. Szczecin 2006, S. 131.

2 Stefan Stepień: Populizm w programach wyborczych do Parlamentu w 2001 roku [Populismus in den Wahlprogrammen zur Parlamentswahl 2001]. In: Maria Marczevska-Rytko (Hrsg.): Populizm na przełomie XX i XXI wieku. Panaceum czy pułapka dla współczesnych społeczeństw. Toruń 2006, S. 166f.

3 Ebenda, S. 167.

tatsächlich eine Partei des populistischen Protestes, eine, wie einige sie lieber bezeichnen, Antisystempartei ist oder die allgemeine Kritik an der Dritten Republik lediglich eine politische Strategie darstellt, die darauf angelegt ist, einen Wahlsieg oder wenigstens den Verbleib im polnischen Parlament zu erreichen.

Die Dichotomie der polnischen Politik nach 2005

In dem Bewusstsein, dass die Gesellschaft ein negatives Verhältnis zu den politischen Eliten hat, gebrauchte die PiS seit dem Moment ihres Entstehens die Parole von der Beseitigung der Verflechtungen von Politik und Verbrechen. In ihren Forderungen beriefen sich die Politiker dieser Partei auf die Notwendigkeit der Gesundung der Behörden und der Selbstverwaltung. Diese Sanierung sollte durch die Anhebung der Arbeitsdisziplin und die Einrichtung einer entsprechenden Kontrolle und Aufsicht erfolgen.⁴

Die Negierung der Leistungen der Dritten Republik und die Forderung nach einer moralischen Erneuerung des gesellschaftspolitischen Lebens im modernen Polen wurden zu einem fundamentalen Element des von der PiS präsentierten Programms. Mehr noch – diese Rhetorik gewann mit der Zeit an Bedeutung⁵, worauf die allgemeine politische Situation in Polen entscheidenden Einfluss hatte. Zbigniew Krasnodębski schrieb dazu: »Die ›Rywin-Affäre‹⁶ und andere Affären,

⁴ Ebenda, S. 168f.

⁵ Vgl. Tomasz Borejsza: POPiS. Pozorna opozycja [POPiS. Eine scheinbare Opposition]. Warszawa 2009; Jerzy Kuciński: Demokracja przedstawicielska i bezpośrednia w Trzeciej Rzeczypospolitej [Die repräsentative und die direkte Demokratie in der Dritten Republik]. Warszawa 2007, S. 109; Jarosław Macała: Przywództwo polityczne w III a »IV« RP – ciągłość czy zmiana [Politische Führung in der Dritten und »Vierten« Republik – Kontinuität oder Wandel]. In: Andrzej K. Piasecki (Hrsg.): Modele przywództwa: wymiar lokalny, krajowy, międzynarodowy. Kraków 2006; Jarosław Macała: Ocena polskiej demokracji po 1989 r. w koncepcji IV RP [Die Bewertung der polnischen Demokratie nach 1989 in der Konzeption der Vierten Republik]. In: Sylwester Wróbel (Hrsg.): Polska demokracja. Koncepcje, płaszczyzny, instytucje. Toruń 2008, S. 69; Dorota Dolińska: Polityczne public relations w procesie kształtowania wizerunku partii politycznych na przykładzie Platformy Obywatelskiej oraz Prawa i Sprawiedliwości [Politische Öffentlichkeitsarbeit im Prozess der Profilierung politischer Parteien am Beispiel der Bürgerplattform (PO) und der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS)]. In: Mariusz Kolczyński; Marek Mazur; Stanisław Michalczyk (Hrsg.): Mediatyzacja kampanii politycznych. Katowice 2009.

⁶ Die Rywin-Affäre, auch »Rywin-Gate« genannt, ist die größte Korruptionsaffäre in der Geschichte der Dritten Republik. Sie gelangte durch den in der GAZETA WYBORCZA publizierten Artikel »Przychodzi Rywin do Michnika, czyli ustawa za łapówkę«

die Polen in der letzten Zeit erschütterten, haben dazu geführt, dass die These von der Unreformierbarkeit der Dritten und der Notwendigkeit der Errichtung einer Vierten Republik zunehmend lauter vertreten wurde.⁷ Derselbe Krasnodębski schrieb auch:

Die durch die »Rywin-Affäre« und andere Skandale hervorgerufene Bewusstseinsveränderung betrifft vor allem die Intelligenz, die sich am meisten von den Ideen des »polnischen Liberalismus« hat bezaubern lassen und die – der Macht der Worte und der Kraft der angeblich überzeugenden Argumente unterlegen – nicht in der Lage war, die Konstruktionsfehler der polnischen Demokratie zu erkennen.⁸

Ein derartig negativer Ansatz im politischen Streit, dessen *clou* die Forderung nach einem Umbau des Staates und seiner Ordnung darstellte, erlaubte auch die Bestimmung des politischen Feindes der PiS, der die in der politischen Auseinandersetzung nicht mehr zählenden »Postkommunisten« ersetzte.⁹ Haupttrivale wurden nunmehr »die da oben« – Menschen, die Seilschaften und Interessengruppen bildeten; Personen, die alle möglichen Mittel zur Festigung ihrer Position im Staatsapparat und in der Wirtschaft ausnutzten; die wahren Nutznießer der Systemtransformation, die zur hybriden Konstruktion des Postkommunismus sowie des postkommunistischen Kapitalismus geführt hatte.¹⁰ »Die da oben« bildeten

[Kommt Rywin zu Michnik oder Gesetz gegen Geld] an die Öffentlichkeit. Der Artikel, der einen Korruptionsversuch beschrieb, nämlich den Vorschlag von Schmiergeld gegen Änderungen im Mediengesetz, die sich für einige Herausgeber günstig auswirken würden (angeblich war von 3 Mio. Dollar die Rede), führte zu einer Lawine von Publikationen. Als Ergebnis dieses verstärkten Medieninteresses wurde eine parlamentarische Untersuchungskommission eingesetzt und es kam zu einem langsamen, aber systematischen Schwund der Wählerunterstützung für die Linksregierung von Leszek Miller. Dies ermöglichte nicht nur die Machtübernahme durch konservative Parteien, sondern führte auch zum Einzug der populistischen Partei Samoobrona (Selbstverteidigung) und der national-katholischen Liga Polskich Rodzin (Liga Polnischer Familien) ins Parlament. Vgl. Aleksandra Wagner: Plotka jako narzędzie kształtowania rzeczywistości społecznej. Afera Rywina w dyskursie prasowym [Das Gerücht als Werkzeug zur Gesellschaftsgestaltung]. In: STUDIA SOCJOLOGICZNE 4 (2006), S. 48.

⁷ Zdzisław Krasnodębski: Demokracja periferii [Die Demokratie der Peripherie]. Gdańsk 2003, S. 301.

⁸ Ebenda.

⁹ Remigiusz Rosicki: Ontologia IV RP – tragedia grecka [Die Ontologie der Vierten Republik – eine griechische Tragödie]. In: Ewa Nowak; Dorota Litwin-Lewandowska (Hrsg.): Władza i przywództwo polityczne w demokracji. Lublin 2010, S. 159.

¹⁰ Konrad Józwiak: Takich dwóch, co zdobyło elektorat [Von Zweien, die die Wählerschaft eroberten]. In: Marek Jeziński (Hrsg.): Wybory parlamentarne 2005: analiza marketingowa. Toruń 2006, S. 56.

die Nachhut der am »Runden Tisch« erzielten Übereinkunft und waren gleichzeitig dessen von der PiS als krank und degeneriert beschriebenes Endprodukt in der polnischen Lebenswirklichkeit der 1990er Jahre.¹¹

Es lässt sich kaum der Eindruck vermeiden, dass die oben beschriebene Aufteilung Marketingcharakter hatte und hat, der Wahl dienen sollte und keineswegs prinzipiell und ideologisch war.¹² Wenn auch die PiS im Bereich der Deklarationen tatsächlich als Antisystempartei gesehen werden kann, worauf die bisher angeführten Argumente und das Verhältnis dieser Partei zur sie umgebenden Umwelt hindeuten, so ist doch die Konstruktion einer Achse »wir« und »die da oben (sie)« als reine Wiederholung des Marketingschemas aus dem Wahlkampf anzusehen.

Der Einsatz, um den es in der Auseinandersetzung zwischen der PiS und der Bürgerplattform (PO) ging, wurde bereits zu Beginn definiert – der Wahlsieg.¹³ In erster Linie ging es darum, welche der Gruppierungen – im Rahmen der angekündigten, breit angelegten Mitte-Rechts-Koalition¹⁴ – die entscheidende Rolle spielen und somit die Kontrolle über die wichtigsten Bereiche der Regierungsverwaltung übernehmen würde.¹⁵ Dieser Streit erwies sich als brudermörderisch und verhinderte *de facto* die Bildung der ursprünglich geplanten Koalition. Die PiS als

11 Vgl. Jarosław Macała: Media wobec korupcji w III RP – w tle afery Rywina [Die Medien im Angesicht der Korruption in der Dritten Republik vor dem Hintergrund der Rywin-Affäre]. In: Marian Gierula (Hrsg.): Władza. Media. Polityka. Katowice 2006, S. 143f.

12 Ausführlich dazu Marek Jeziński: Elity, marketing polityczny, wybory. Uwagi na marginesie wyborów prezydenckich i parlamentarnych [Eliten, politisches Marketing, Wahlen. Anmerkungen am Rande der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen]. In: PRZEGLĄD SOCJOLOGICZNY 1 (56/2007), S. 81f.

13 Zum Thema Staatsvorstellung und wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Umbau des modernen Polen in den Programmen der PiS und der PO vgl. Dorota Rdzanek; Artur Staszczuk: Wizje państwa w programach wyborczych PO oraz PiS. Analiza porównawcza [Staatsvorstellungen in den Programmen von PO und PiS. Vergleichende Analyse]. In: Drzonek; Mieczkowski (wie Anm. 1), S. 113ff.

14 Vgl. Wojciech Ziętara: Wybory parlamentarne i prezydenckie w Polsce w 2005 roku w świetle współczesnych doktryn politycznych. Wybrane problemy i perspektywy [Die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2005 in Polen im Licht der modernen politischen Doktrinen. Ausgewählte Probleme und Perspektiven]. In: Krzysztof Kowalczyk; Łukasz Tomczak (Hrsg.): Partie i system partyjny RP. Stan i perspektywy. Toruń 2007, S. 230–233.

15 Vgl. Andrzej Antoszewski: Wybory parlamentarne i prezydenckie 2005 roku, a instytucjonalizacja polskiego systemu partyjnego [Die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2005 und die Institutionalisierung des polnischen Parteiensystems]. In: Teresa Sasińska-Klas (Hrsg.): Media w wyborach – kampanie wyborcze – media w polityce. Toruń 2007.

Wahlsiegerin von 2005 war somit zur Zusammenarbeit mit der populistischen Samoobrona (Selbstverteidigung) und der national-katholischen Liga der polnischen Familien¹⁶ gezwungen. Diese Koalition endete in einer Skandalatmosphäre mit vorgezogenen Neuwahlen.¹⁷ Die Idee der Teilung blieb jedoch bestehen. Die sich so abzeichnende Dichotomie stellte die »Tradition der Solidaritätsbewegung« der »Freiheitstradition«¹⁸ gegenüber, das Konzept des »solidarischen Polen« dem »liberalen Polen«¹⁹. Paweł Śpiewak bezeichnete eine solche Beschreibung der Realität schlicht als »pararevolutionäre Rhetorik zur Errichtung der Vierten Republik«²⁰, die lediglich als Wahlkampfwerkzeug zu betrachten sei, die politischen und welt-

16 Am Rande sei daran erinnert, dass der Einzug dieser politischen Gruppen (LPR und Samoobrona) ins polnische Parlament auch ein Ergebnis der Korruptionsaffären und der gesellschaftlichen Unzufriedenheit in Polen zwischen 2001 und 2005 war.

17 2007 zerbrach die Koalition PiS-LPR-Samoobrona zum zweiten Mal. Dieses Mal wegen der sogenannten »Grundstücksaffäre«, in die angeblich der Vizepremier und Vorsitzende der Samoobrona Andrzej Lepper verwickelt war.

18 Vgl. Sławomir Drelich: Aksjotwórczy sens kategorii »wroga« na przykładzie sporu między III a IV RP [Der axiombildende Sinn der Kategorie »Feind« am Beispiel des Streits zwischen Dritter und Vierte Republik]. In: DIALOGI POLITYCZNE 11 (2009), S. 202ff.

19 Die Opposition der beiden entgegengesetzten Konzepte solidarisches (soziales) oder liberales Polen ist im Übrigen keine rein theoretische Erfindung. Sie erschien als politische Vision schon 2005. Diese Art der Polarisierung der politischen Bühne und der Wähler war und ist eine bewusste Entscheidung der PiS, und zwar nicht nur für Wahlkampfzeiten. Die PiS strebte Schritt für Schritt in Richtung einer Aufteilung der politischen Landschaft und der Wähler entlang der Achse solidarisches Polen in der Vierten Republik gegen liberales Polen in der Dritten Republik. Der Sinn dieser Aufteilung war und ist identisch mit der in dieser Arbeit beschriebenen Dichotomie entlang der Achse »wir« und »die da oben«. In dieser Konzeption ist das solidarische Polen ein Begriff, der sich aus zwei autonomen, aber miteinander verbundenen Elementen zusammensetzt: dem solidarischen Staat und der solidarischen Zivilgesellschaft. Das liberale Polen wird hingegen identifiziert mit einem orthodoxen und seinem Wesen nach liberalen Wirtschaftssystem, dem demokratischen Rechtsstaat sowie einem spezifischen, »polnischen« System sozialer Absicherungen. Generell haben die Anhänger des solidarischen Polen den Glauben an das liberale Polen der Dritten Republik verloren, da dessen beschriebene Instrumente anachronistisch und unreformierbar erscheinen, was zur Herausforderung des Aufbaus einer neuen, Vierten Republik unter dem Leitmotiv »solidarisches Polen« führt. Mieczysław Krajewski: Polska solidarna (socjalna) czy Polska liberalna [Solidarisches (soziales) oder liberales Polen]. In: Danuta Waniek (Hrsg.): Partie polityczne w wyborach 2005. Warszawa 2006, S. 163f.

20 Die Idee der Errichtung einer Vierten Republik wurde zum ersten Mal von dem Publizisten-Tandem Kazimierz Michał Ujazdowski und Rafał Matyja zu Beginn der Regierungskoalition AWS-UW formuliert. Deutlich schwangen dabei Thesen mit, die zu Beginn der 1990er Jahre von Jarosław Kaczyński formuliert worden waren und damals als »Beschleunigungskonzept« bezeichnet wurden. Lech Mażewski: IV Rzecz-

anschaulichen Unterschiede aber keineswegs widerspiegeln.²¹ Janusz A. Majcherek stellte wiederum fest, dass diese Gegenüberstellung keineswegs herbeigeredet sei.

Das Aufbrechen Polens in zwei Hälften, die tiefe innere Spaltung der Gesellschaft wurde zwar besonders akzentuiert und herausgestellt, was aber die tatsächlichen und immer sichtbarer werdenden ideellen und weltanschaulichen Unterschiede im sich schnell wandelnden Polen reflektierte.²²

Aus dem oben Gesagten kann man schließen, dass der Streit zwischen der Dritten und der Vierten Republik nicht so sehr als Widerstand gegen die sich seit 1989 vollziehenden gesellschaftlichen Veränderungen zu sehen ist, sondern mehr als politisch-parteilicher Konflikt zwischen den beiden Hauptakteuren der polnischen politischen Szene: PiS und PO. Auf der personellen Ebene war und ist das ein Konflikt zwischen Jarosław/Lech Kaczyński auf der einen und Donald Tusk auf der anderen Seite. Und genau dieser Streit führte zu der Dichotomie, wo sich »Freunde« und »Feinde«, »Gute« und »Böse« gegenüberstehen. In einer so konstruierten Wahlstrategie ist es wesentlich, im Wähler Antipathien und Widerwillen gegenüber den Anderen – unseren politischen Gegnern – zu erwecken; Sympathie und Unterstützung hingegen für die Unseren – in der Regel also für die eigene Partei.²³ Dies ist eine einfache Spaltung der Gesellschaft, eine Polarisierung, die im Grunde unabhängig ist von den bestehenden oder, wie es Majcherek ausdrückt, den sich vertiefenden gesellschaftlichen und weltanschaulichen Gräben.

Die Vierte Republik – die neue res publica

Im Programm der PiS war das wichtigste Postulat die Errichtung der Vierten Republik als einzig mögliches Szenario zur Erneuerung des schwachen und insuffizienten Staates. In der Konzeption der PiS-Politiker sollte es in diesem Staat zu einem neuen Gesellschaftsvertrag kommen, an dem alle Anteil haben und nicht nur wie bisher diejenigen Schichten, die auf der gesellschaftlichen Leiter

pospolita raz jeszcze [Vierte Republik, noch einmal]. In: SPRAWY POLITYCZNE 4 (2003), S. 4.

21 Paweł Śpiewak: Antyliberalna rewolucja [Antiliberale Revolution]. In: PRZEGLĄD POLITYCZNY 79/80 (2006), S. 20.

22 Janusz A. Majcherek: Demokracja radykalna – wersja nadwiślańska [Radikale Demokratie – die Variante von der Weichsel]. In: PRZEGLĄD POLITYCZNY 81 (2007), S. 12.

23 Drelich (wie Anm. 18), S. 206.

ganz oben stehen.²⁴ Zudem waren die führenden PiS-Leute davon überzeugt, dass eine radikale Erneuerung und Sanierung aller wesentlichen staatlichen Institutionen notwendig war. Diese Ansicht illustriert hervorragend das folgende Zitat, das aus einem Programmdokument von Anfang 2001 stammt:

Im Jahre 1989 wurde die trügerische Idee geboren, dass man zu dem aus der Volksrepublik Polen stammenden System zwei völlig neue und zu diesem in Widerspruch stehende Elemente hinzufügen kann – bürgerliche Freiheiten und demokratische Prozeduren auf der einen, Marktwirtschaft mit den entsprechenden Institutionen auf der anderen Seite. Diese Idee wurde umgesetzt, wenn auch sehr unvollkommen. Es wurde angenommen, dass auf diese Weise das gesellschaftliche Leben gereinigt wird, dass wir einen normalen Rechtsstaat bekommen werden. Nichts davon ist jedoch eingetreten.²⁵

Mit der Definition der wichtigsten Probleme und Mankos in der polnischen Gesellschaft zeigten die Funktionäre der PiS auch den Weg zu Veränderungen auf. Sie schlugen ein ganzes Bündel »geeigneter« Mittel vor, deren Anwendung die Forderung nach einer moralischen Erneuerung und der Errichtung der Vierten Republik in die Tat umsetzen sollte. Die Vorschläge betrafen zwei grundsätzliche Handlungsfelder:

Im ersten sollte der Staat gereinigt, also das Erbe aus der Volksrepublik beseitigt und sollten die auf dieser Basis gewachsenen Seilschaften zerschlagen werden. Im zweiten galt es, den Staatsapparat durch gezielte Maßnahmen effizienter und leistungsfähiger zu machen, wodurch der Staat als Ganzes konsolidiert und gestärkt werden sollte.²⁶

In diesem Kontext sollte die Reinigung des Staates umfassen: Stasiüberprüfungen, Entkommunisierung, Veröffentlichung bisher geheimer Dokumente zur Geschichte der Volksrepublik, Einrichtung einer Wahrheits- und Gerechtigkeitskommission, eines Antikorruptionsamtes, Vermögenserklärungen der Politiker, eine Reform der parlamentarischen Immunität sowie eine Reorganisation der Geheimdienste. Die weiteren Etappen des Staatsumbaus wurden sehr detailliert in programmatischen Schriften und politischen Auftritten von PiS-Mitgliedern vorgestellt. Das gesamte Reformprojekt sollte auch die Wirtschaft, die Umverteilung

24 Józwiak (wie Anm. 10), S. 56.

25 Zit. nach Iwona Hofman: Polityka, media, społeczeństwo. Studia i szkice [Politik, Medien, Gesellschaft. Studien und Skizzen]. Toruń 2007, S. 131.

26 Zit. nach Krzysztof Kowalczyk: Prawo i Sprawiedliwość – rewolucyjni konserwatyści? [Recht und Gerechtigkeit – revolutionäre Konservative?] In: ders.; Jerzy Sielski (Hrsg.): Partie i ugrupowania parlamentarne III Rzeczypospolitej. Toruń 2006, S. 215.

des Nationaleinkommens und die Bewirtschaftung des öffentlichen Eigentums umfassen. Generell waren alle geplanten Reformen einem übergeordneten Ziel untergeordnet, nämlich dem Aufbau eines neuen Polen, mit Sicherheit aber einer transparenteren, sprich besseren, weil gerechteren Wirklichkeit.²⁷

Die geplante Reparatur des Staates erforderte wiederum radikale Maßnahmen, für die man entschlossene und verantwortungsvolle Menschen benötigte, was nach Auffassung der PiS-Mitglieder nur auf die in ihrer Partei versammelten Menschen zutraf.

Lech Kaczyński – Präsident der Polnischen Republik

Ein vollständiges Bild einer politischen Gruppierung, wie sie die PiS darstellt, ergibt sich erst nach der aufmerksamen Lektüre von Artikeln aus Presse und Publizistik, vor allem aber wissenschaftlichen Aufsätzen, die sich mit der Regierungsphase dieser Partei in den Jahren 2005–2007 auseinandersetzen. In diesem Kontext erweist sich die Analyse der Präsidentschaft von Lech Kaczyński²⁸ als besonders fruchtbar, da er zwar formal nach seiner Wahl mit keiner politischen Gruppierung verbunden war, tatsächlich aber unter dem starken Einfluss seiner ehemaligen Partei PiS blieb, auf die er auch selbst zurückwirkte.

Fast von Beginn ihres politischen Daseins an wiesen die Mitglieder der PiS darauf hin, dass beim Bau einer neuen politischen Ordnung der Präsident eine entscheidende Rolle spielen werde. Mit derselben Forderung trat der Ehrenvorsitzende der PiS, Lech Kaczyński²⁹, 2005 zur Wahl an, mithin also derselbe Mann, dessen Popularität 2001 den Parteaufbau ermöglichte und der nun unerwartet die Präsidentenwahl³⁰ gewann. Und obwohl der Präsident in Übereinstimmung

27 Ders.: Prawo i Sprawiedliwość [Recht und Gerechtigkeit]. In: ders.; Jerzy Sielski (Hrsg.): Partie i ugrupowania parlamentarne. Toruń 2004; ders.: Kampania parlamentarna Komitetu Prawo i Sprawiedliwość w 2001 r. Uwarunkowania sukcesu wyborczego [Der Wahlkampf der Partei Recht und Gerechtigkeit. Ausgangsbedingungen für den Wahlerfolg]. In: Danuta Walczak-Duraj (Hrsg.): Marketing polityczny a postawy i zachowania wyborcze społeczeństwa polskiego. Płock, Łódź 2002.

28 Mehr zur Rolle und Bedeutung von Lech Kaczyński in der Tagespolitik der Jahre 2005–2010 unter besonderer Berücksichtigung des Wahlkampfes zur Europawahl findet sich in Robert Radek: Kampania wyborcza Prawa i Sprawiedliwości do Parlamentu Europejskiego w 2009 roku [Der Wahlkampf der PiS zur Wahl des Europäischen Parlaments 2009]. In: ATHENEUM 23 (2010).

29 Vgl. Lech Aleksander Kaczyński in: Inka Słodkowska; Magdalena Dołbakowska (Hrsg.): Wybory prezydenckie: programy kandydatów [Präsidentschaftswahlen – die Programme der Kandidaten]. Warszawa 2007, S. 103.

30 Vgl. Marek Mazur: Reklama telewizyjna [Fernsehwerbung]. In: Janusz Sztumski; Ma-

mit der polnischen Verfassung und den »dazugehörigen« Gesetzen keinen Einfluss auf die Politik der Regierung hat, genau so wenig, wie der Ministerrat formal keinerlei Instrumente besitzt, um auf das Staatsoberhaupt einzuwirken, gab es in den Jahren 2005–2007 doch die informelle Übereinkunft, dass der Präsident die Außenpolitik in Abstimmung mit dem Regierungschef realisieren sollte, während der Ministerrat sich der Innenpolitik zuwandte. Eine so projektierte Kohabitation war für niemanden eine Überraschung, wenn man berücksichtigt, dass die eigentliche Macht in dieser Zeit in den Händen der ehemaligen politischen Wegbegleiter des Präsidenten lag und sein Zwillingsbruder Jarosław seit Mitte 2006 Premierminister war.

Die Rolle des Präsidenten Lech Kaczyński ist auch aus einem anderen Grunde interessant. Seit dem Wahlsieg der PO 2007 und der anschließenden Bildung der Koalition mit der Bauernpartei PSL bis zu seinem tragischen Tod war er das eigentliche Sprachrohr für die Politik der PiS und hatte auch realen Einfluss auf das politische Geschehen. Mehr noch, trotz seiner durch die Verfassung eingeschränkten Rechte bemühte er sich aktiv, das Programm der moralischen Erneuerung umzusetzen³¹, das er zum Hauptpfeiler seiner Präsidentschaft machte. Erinnert werden muss in diesem Zusammenhang daran, dass diese Bemühungen häufig zu Konflikten und politischen Auseinandersetzungen führten, die seit 2007 zwischen den beiden Hauptantagonisten PiS und PO »ausbrachen«, personell gesehen zwischen Lech Kaczyński und Donald Tusk.

Die oben beschriebene Situation sollte nicht verwundern, wenn man das ganze Bündel von Forderungen und Wahlversprechen aus dem Parlaments- und Präsidentschaftswahlkampf von 2005 in Betracht zieht, die Lech Kaczyński und die PiS – mehr oder weniger gelungen – bis 2010 umzusetzen versuchten. Die Präsidentschaft sollte sich demnach nicht nur auf die Zusammenarbeit mit dem Ministerrat und dem Premierminister stützen, sondern alle durch die Verfassung garantierten Instrumente und Mittel ausschöpfen. Dazu gehören: Ansprachen des Präsidenten im Sejm, Ansprachen an das Volk im öffentlich-rechtlichen Fernsehen, Gesetzgebungsinitiativen, die Einberufung und der Vorsitz im Kabinettsrat, die Beantragung von Kontrollen einzelner Institutionen durch die Höchste Kontrollkammer (NIK), Klagen gegen den Premierminister oder ein anderes Mitglied

riusz Kolczyński (Hrsg.): Wybory parlamentarne 2001. Scena polityczna – aktorzy – programy – strategie. Katowice 2003, S. 119–122.

31 Unter diesem Motto trat die PiS 2005 zu den Parlamentswahlen an und bildete nach dem Wahlsieg zunächst eine Minderheitsregierung und dann eine Koalition mit der LPR und der Samoobrona, die über eine parlamentarische Mehrheit verfügte.

der Regierung vor dem Staatstribunal, die Möglichkeit, Gesetze durch ein Veto zu blockieren oder diese an das Verfassungsgericht zu verweisen.³²

Im Bereich der Außenpolitik, deren Richtung entsprechend dem oben beschriebenen Übereinkommen der Ministerrat bestimmen und der Präsident realisieren sollte, lauteten die Forderungen: engere Beziehungen zu den USA und Stärkung der Rolle Polens in der NATO und der EU sowie Ausweitung der Zusammenarbeit mit den östlichen Nachbarn Polens (Ukraine, Litauen, Lettland, Georgien) und Unterstützung der Demokratiebewegung in Weißrussland. Öffentlich wurde gegen eine übermäßige Unterwürfigkeit gegenüber Russland argumentiert, was in Polen und Europa als Russophobie interpretiert wurde. Innenpolitisch sprachen sich der Präsident und sein politisches Lager für eine Modernisierung der polnischen Armee und die Auflösung des Militärgeheimdienstes sowie dessen Neuaufbau aus. Während der beiden Wahlkämpfe von 2005 wurde auch eine neue »Auszeichnungspolitik« angekündigt. Lech Kaczyński meinte damals:

Staatliche Auszeichnungen erhalten diejenigen, die deren Annahme aus den Händen des gegenwärtigen Präsidenten [Aleksander Kwaśniewski, Ł.S.] verweigert haben, aber auch Personen, die sich im Kampf um Unabhängigkeit und Demokratie verdient gemacht haben. [...] Ich werde alles unternehmen, damit die Praxis, staatliche Auszeichnungen durch die Vergabe an kompromittierte oder doppeldeutige Personen lächerlich zu machen, radikal beendet wird.³³

Ein so formulierter Handlungskatalog und das entsprechende Profil der neuen Präsidentschaft waren nach Auffassung der PiS unabdingbar, um die Aktivitäten des Staatsoberhauptes im Bereich der tatsächlichen Verantwortung zu vergrößern, z.B. bei den Gesetzesinitiativen, der Sicherheit des Staates oder den Rahmenbedingungen für die Anwendung des Präsidentenvetos. Diese neue politische Qualität sollte sowohl die Innen- als auch die Außenpolitik umfassen. Über den Erfolg letzterer sollten in erster Linie nicht persönliche Freundschaften, sondern eine klare und transparente Vision der polnischen Interessen und Prioritäten entscheiden. Nach Auffassung der PiS-Funktionäre, aber auch von Lech Kaczyński selbst, werden vom Staatsoberhaupt nicht nur Anstandsbesuche, Händeschütteln und diplomatische Gesten erwartet, sondern vor allem entschiedene und in Über-

32 Krzysztof Kowalczyk: Koncepcja prezydentury w ujęciu Prawa i Sprawiedliwości [Das Präsidentschaftskonzept der PiS]. In: Barbara Krauz-Mozer; Katarzyna Sobolewska-Mysłik (Hrsg.): *Oblicza polskiego systemu politycznego*. Toruń 2007, S. 101.

33 Ebenda, S. 102f.

einstimmung mit der polnischen Staatsräson stehende Bemühungen zur Realisierung nationaler Interessen.³⁴

Die PiS-Politiker waren sich auch einig hinsichtlich der notwendigen Beseitigung von in der Dritten Republik existierenden Mythen und Stereotypen. Neben der klar definierten Präsidentschaft und der durchdachten »Auszeichnungspolitik« sollte dabei vor allem eine »Geschichtspolitik« helfen, in deren Rahmen u.a. staatliche Feiertage, Jahrestage, Museen, Gedenkstätten, Denkmäler sowie die Erstellung von Lehrplänen für die Schulen propagiert wurden. Das Projekt der »neuen Geschichtspolitik« stand in völliger Übereinstimmung mit dem politischen Denken der PiS, d.h. einem konservativen Verständnis von »Geschichtspolitik« sowie der Verstetigung und Kultivierung des *Solidarność*-Ethos.³⁵

Zusammenfassung

Jede Krise, auch die politische Krise eines Staates, trägt zur politisch-wirtschaftlichen Entwicklung bei, allerdings unter der Bedingung, dass eine inhaltliche Analyse der Ursachen betrieben und nach Lösungen gesucht wird, deren Anwendung das Funktionieren des Staates verbessert. Eine richtige Diagnose genügt nicht, um

34 Renata Podgórzńska: *Polityka zagraniczna w kampanii wyborczej Lecha Kaczyńskiego i Donalda Tuska – konfrontacja wizji* [Die Außenpolitik im Wahlkampf von Lech Kaczyński und Donald Tusk]. In: Krauz-Mozer; Sobolewska-Mysłik (wie Anm. 32), S. 138.

35 Diese Haltung war im Grunde identisch mit der in der Fachliteratur anzutreffenden Klassifikation von geschichtspolitischen Strömungen, in der u.a. auf die konservative und/oder die *Solidarność*-Strömung verwiesen wird. Die Konzeption der konservativen Strömung ist mit dem Namen Antoni Dudek verbunden, der im Rahmen der Geschichtspolitik die liberale und die konservative Strömung unterschied. Die Anhänger der konservativen Strömung halten im Unterschied zu den Liberalen seiner Meinung nach das Eingreifen staatlicher Institutionen zur Propagierung patriotischer Haltungen und zur Ausnutzung des polnischen »historischen Kapitals« auf der internationalen Bühne für notwendig. Für die Konservativen hatte und hat die Geschichtspolitik Bedeutung, vor allem als Instrument zur Stärkung der nationalen Gemeinschaft und als wesentliches Element der Außenpolitik. Die Bezeichnung *Solidarność*-Strömung ist wiederum ein Vorschlag von Adam Ostolski. Seiner Auffassung nach existierten nach 1989 in Polen zwei Haltungen zur Geschichtspolitik: die postkommunistische und die der *Solidarność*. Letzterer war an der Erinnerung von Ereignissen und Personen im kollektiven Gedächtnis gelegen, die in der Volksrepublik durch die Zensur ausgeblendet wurden, darunter die Erinnerung an die Helden der antikommunistischen Opposition. Vgl. dazu Joanna Sanecka: *Polityka historyczna partii Prawo i Sprawiedliwość: założenia i realizacja* [Die Geschichtspolitik der PiS. Annahmen und Realisierung]. In: *ATHENAEUM* 19 (2008), S. 55–60.

die Krankheit zu heilen. Unbedingt notwendig sind die Akzeptanz der Diagnose durch die Politik und deren Wille zum Handeln. Sie muss auch über die zur Durchführung von Reformen notwendigen Instrumente verfügen. Dieser letzte Faktor erfordert zudem die Existenz eines starken politischen Machtzentrums, das sich seiner Aufgaben bewusst und in der Lage ist, dem Druck von Partikularinteressen entgegenzuwirken und Reformen zur Beseitigung pathologischer Erscheinungen im Staatsapparat durchzuführen.³⁶ In diesem Kontext war die Regierung unter Führung der PiS nicht ausreichend. Als genauso unzureichend hat sich jedoch die Argumentation derjenigen erwiesen, für die die PiS lediglich eine Protestpartei ist; eine antisystemische Bedrohung der Demokratie, der Freiheit und der bürgerlichen Rechte. Einerseits gelang es nicht, die angekündigte moralische und institutionelle Erneuerung des Landes durchzuführen, andererseits kam es zu keinerlei Krise, zu keinem Ende der Demokratie. Die PiS entschied sich angesichts der Unmöglichkeit einer erfolgreichen Machtausübung zu einer erneuten Befragung der Wähler mit unsicherem Ausgang. Die bürgerlichen Freiheiten wurden zudem nicht abgeschafft, alle Institutionen des gesellschaftlichen und politischen Lebens funktionieren weiterhin und auch die sogenannte Politisierung des Staates erscheint aus der Perspektive von vier Jahren PO-PSL-Regierung als in Polen üblicher gewöhnlicher Regierungsmechanismus.

Allein die Feststellung, dass im Politikstil und in den Mechanismen der Machtausübung in der Vierten Republik die grundlegenden Symptome des Totalitarismus enthalten sind (worauf die Ablehnung der bestehenden politisch-gesellschaftlichen Ordnung, die Forderung nach Errichtung der Vierten Republik, die angenommene und gebrauchte Metasprache, der autoritäre Regierungsstil angeblich hinweisen), reicht nicht aus, um von einem tatsächlichen Totalitarismus bzw. einer dahin gehenden evolutionären Entwicklung zu sprechen. Um dies begründet tun zu können, wäre es notwendig zu zeigen, dass einzelne Instrumente der Machtausübung zu Alleinherrschaft bzw. allumfassender Unterordnung führen. Hier zeigt sich, dass in der Vierten Republik weder die institutionellen Grundlagen (Aufhebung der Trennung von Legislative, Exekutive und Judikative), noch der Pluralismus der Medien gefährdet waren und auch keine gesellschaftliche Massenunterstützung dafür vorhanden war. Kurz gesagt, die Interpretation der PiS-Regierung als einer zur totalitären Machtausübung führenden Regierungsform³⁷ ist zu verwerfen, was aber keineswegs heißt, dass man nicht wei-

36 Antoni Z. Kamiński: Kryzy państwa [Staatskrisen]. In: Maria Jarosz (Hrsg.): Polska. Ale jaka? Warszawa 2005, S. 122.

37 Ludwik Habuda: Niedialogiczna polityka. Przypadek IV RP [Nichtdialogische Politik. Das Beispiel Vierte Republik]. In: WROCŁAWSKIE STUDIA POLITOLOGICZNE 9 (2008), S. 33.

terhin aufmerksam die Handlungen der Machthabenden beobachten sollte, auch oder vielleicht gerade, wenn die PiS an der Macht ist.

Auch der Vorwurf des Autoritarismus, der der PiS während ihrer Regierungszeit häufig gemacht wurde, lässt sich im Lichte der oben gemachten Ausführungen nicht aufrecht erhalten. Genauso wenig wie die These, dass diese Partei von Natur aus antisystemischen Charakter hat und ihre Aktivitäten der Demokratie schaden oder sie gar bedrohen. Die zur Politik der PiS in Opposition stehenden Politiker und etliche Publizisten warfen der Partei von Jarosław Kaczyński vor, ethisch zweideutige historische Personen zu glorifizieren, Gesetze zur Übernahme der öffentlich-rechtlichen Medien verabschiedet zu haben, Pläne zur Errichtung eines Museums der Geschichte Polens ausgearbeitet zu haben, das eine vorgegebene Sicht der Geschichte verbreiten soll, und eine Koalition mit Parteien eingegangen zu sein, deren führende Politiker sich im Konflikt mit der Justiz befanden (Samoobrona) oder rechtsradikale Ansichten vertraten (LPR). Weitere Vorwürfe waren das Bündnis mit Radio Maryja sowie der Versuch, das Mandat der Stadtpräsidentin von Warschau, Hanna Gronkiewicz-Waltz, für ungültig zu erklären. Jarosław Kaczyński selbst wurde bezichtigt, sich beim Kampf gegen politische Gegner der Geheimdienste zu bedienen, eine Abneigung gegen den Dialog mit protestierenden Berufsgruppen zu haben und seiner Regierung kritisch gegenüberstehende Medien feindlich zu behandeln. Sogar Pläne zur Verhängung des Ausnahmezustands, zur Abschaffung der Demokratie in Polen und zur Einführung einer autoritären Regierung wurden ihm unterstellt. Wie Paweł Czarnecki es formulierte:

Die Bewertung, bis zu welchem Grad die PiS (oder wenigstens ihre führenden Politiker) sich einer autoritären Machtausübung schuldig gemacht und mehr noch, ob sie eine totalitäre Machtausübung in der von ihr angestrebten Vierten Republik geplant hat, kann natürlich nicht nach rationalen Kriterien vorgenommen werden, sondern höchstens nach emotionalen politischen Sympathien. Es ist zudem schwierig, eindeutig zu entscheiden, ob gewisse Verhaltensweisen und Entscheidungen der Kaczyński-Zwillinge, die zweifellos autoritären Charakter hatten, unmittelbaren Einfluss auf die Gestaltung der Vierten Republik gehabt hätten oder nicht [...].³⁸

Auch ich möchte keine Bewertung vornehmen. Gleichwohl kann die scharfe Kritik an der PiS-Regierung seitens einiger Medien den Eindruck erwecken, dass diese Partei im Vergleich mit den bis dahin regierenden Parteien einen autoritäreren

38 Paweł Czarnecki: Autorytaryzm a demokracja. Przemiany ustrojowe w Polsce po roku 1989 [Autoritarismus und Demokratie. Die Systemveränderungen in Polen nach 1989]. Warszawa 2009, S. 45.

Regierungsstil pflegen würde. Sofern man jedoch der Definition zustimmt, dass ein Merkmal der autoritären Macht die Unterwerfung von Institutionen ist, die in einem demokratischen System unabhängig von der Macht funktionieren sollten, dann ist zu konstatieren, dass auch die vorherigen wie die gegenwärtige Regierung autoritäre Tendenzen aufweisen. Jede der bisherigen Regierungen hat zudem mit größerem oder geringerem Erfolg versucht, sich die öffentlich-rechtlichen Medien unterzuordnen, Druck auf Polizei und Staatsanwaltschaft auszuüben und in die Lehrpläne Elemente der in der jeweiligen Partei geltenden Ideologie einzuführen.³⁹ In Anbetracht dessen fällt es schwer, die Regierungszeit der PiS von 2005–2007 in dieser Hinsicht als außergewöhnlich anzusehen, genau so, wie es schwer fällt, die These zu verteidigen, dass die PiS tatsächlich ausschließlich eine Partei des populistischen Protests sei und als solche auf mittelbare oder mehr noch unmittelbare Weise die polnische Demokratie bedroht habe. Aus der Perspektive des zehnjährigen Bestehens der PiS scheint es, dass die Infragestellung der am »Runden Tisch« ausgehandelten liberalen Demokratie, die scharfe Kritik an den pathologischen Erscheinungen des polnischen öffentlichen Lebens und die Konzeption der Vierten Republik eher politische Deklarationen und Wahlstrategien sind als faktisch umzusetzendes Parteiprogramm. Die Vision der bedrohten Demokratie und des »schleichenden Staatsstreiches« (ein solches Bild der PiS-Regierung verbreitet ein Teil der Massenmedien) ist daher eher als journalistische Konfabulation denn als sachliche und durchdachte politische Analyse der, zugegebenermaßen komplizierten, polnischen Politik zu betrachten.

Aus dem Polnischen von Matthias Barelkowski

³⁹ Ebenda, S. 85.

Die sozialen Kosten der Systemtransformation in Polen nach 1989 unter besonderer Berücksichtigung gesellschaftlich ausgegrenzter Familien

Einleitung

Ende der 1980er Jahre begann in Polen ein Prozess gewaltiger ökonomischer und gesellschaftlicher Umwälzungen. Nach über 20 Jahren der Systemtransformation lässt sich behaupten, dass die ökonomischen Reformen zum großen Teil mit Erfolg durchgeführt wurden und insgesamt zur Steigerung des gesellschaftlichen Wohlstands geführt haben. Allerdings wurde dabei der soziale Aspekt der Reformen vielfach vernachlässigt, was zur Vertiefung der Einkommensunterschiede und somit zur Ausbreitung negativer gesellschaftlicher Erscheinungen wie Armut und Kriminalität beitrug. Dies trifft vor allem für die ersten 15 Jahre der Transformation zu. Zu dieser Zeit galt uneingeschränkt die Meinung, dass nur die Marktkräfte das Funktionieren von Wirtschaft und Gesellschaft gewährleisten können. Der Siegeszug der neoliberalen Doktrin führte zur Entstehung massiver gesellschaftlicher Ungleichheit. Die staatlichen Institutionen, die die negativen Erscheinungen der Marktprozesse hätten korrigieren sollen, ließen zu, dass sich die Armut ausbreiten konnte und umfangreiche gesellschaftliche Gruppen der sozialen Ausgrenzung preisgegeben wurden. Dies ist typisch für den heutigen Kapitalismus in Polen, der mitunter durch die wachsende Ungleichheit aufgrund hoher Arbeitslosigkeit und durch die Ausbreitung von Armut sowie von devianten Verhaltensweisen – dem organisierten Verbrechen und der Korruption der politischen Klasse – charakterisiert wird.¹

Die erste Hälfte der 1990er Jahre war durch eine schnell wachsende Zahl der Leistungsnehmer und der Empfänger von Sozialhilfe geprägt. Einerseits stiegen dadurch die Staatsausgaben, andererseits konnte die Zunahme der gesellschaftlichen Ungleichheit dennoch nicht aufgehalten werden. Es sei hier allerdings betont, dass es in den letzten Jahren, insbesondere ab dem Jahr 2004, zu einigen

¹ Mehr darüber bei Zdzisław Sadowski: Polska liberalna czy socjalna? [Ein liberales oder ein soziales Polen?] In: Izabela Aldona Trzpił (Hrsg.): Polityka społeczna a polityka gospodarcza Polski, wobec owych wyzwań. Pułtusk 2006, S. 25–32.